Zeitschrift: Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie = Économie et sociologie rurales [1980-2007]

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie

Band: - (1983)

Heft: 2

Artikel: UNCTAD VI : wenig Hoffnung auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaftsordnung

Autor: Rehsche, Guntram

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-966448

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

UNCTAD VI :
WENIG HOFFNUNG AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN WIRTSCHAFTSORDNUNG

G. Rehsche

Die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) mit Sitz in Genf gilt als jene Welthandelsinstitution, in der die Staatengruppe der Dritten Welt ihre Anliegen am wirkungsvollsten vertreten kann. Andererseits hat die UNCTAD, die nicht einmal den Status einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen geniesst, sondern lediglich den einer regelmässigen Konferenz mit ständigem Sekretariat, bisher kaum weitreichende Verhandlungsresultate erzielt. Sie befasste sich seit ihrer Gründung im Jahre 1964 mit einer stets wachsenden Palette von weltwirtschaftlichen Problemkreisen. Nach einem kurzen Ueberblick zu ihrer bisherigen Tätigkeit sollen die Rolle der Schweiz innerhalb der UNCTAD und die Verhandlungen von UNCTAD VI in Belgrad im Jahre 1983 beleuchtet werden. (1) Dabei kommen vor allem jene Aspekte zur Sprache, die mit agrarpolitischen Themen zusammenhängen.

DIE ENTWICKLUNG EINER ENTWICKLUNGSKONFERENZ

1964 fand in Genf UNCTAD I statt. Die damals vertretenen 77 Entwicklungsländer bildeten eine eigene Staatengruppe und traten fortan als "Gruppe der 77" auf. Zur Konferenz kam es, weil die immer grössere Staatengemeinschaft der Dritten Welt in den bestehenden weltwirtschaftlichen Organisationen, allen voran das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), ihre Interessen ungenügend vertreten sah. Als "Vater" der UNCTAD gilt Raol Prebisch, der auch zu ihrem ersten Generalsekretär wurde. Prebisch hatte auf wissenschaftlicher Ebene die These vertreten, die Entwicklungsländer

---

1) An diesen Verhandlungen konnte ich als Korrespondent verschiedener Schweizer Zeitungen teilnehmen.

seien durch das Weltwirtschaftssystem wegen ständig schlechterer Austauschbedingungen (Terms of Trade) benachteiligt. Die Terms of Trade - Diskussion hat sich seither wie ein roter Faden durch die UNCTAD-Verhandlungen gezogen, beherrscht nach wie vor aber auch die ökonomische Theorie aussenwirtschaftlicher Beziehungen. (2) Prebisch begründete seine These wie folgt: Technische Fortschritte bei der Rohstoffproduktion führen zu stets sinkenden Preisen, da die Produzenten aufgrund ihrer schwachen gewerkschaftlichen Organisierung keine Lohnerhöhungen durchsetzen können. Gerade solches ist aber der Arbeiterschaft in den Industriestaaten möglich, die verarbeitete Industriewaren herstellt. Deshalb sinkt die Kaufkraft der Rohstoffexporte der Entwicklungsländer ständig, setzt man diese Erlöse in Beziehung zu den Preisen importierter Industriegüter.

Aufbauend auf diesen (noch heute umstrittenen) Erkenntnissen, widmete sich die UNCTAD bzw. ihr Sekretariat insbesondere der Rohstoffproblematik. Die Konferenzen von New Dehli (1968) und Santiago (1972) brachten als greifbares Resultat die Etablierung des generellen Präferenzzollsystemes. 1976 wurde in Nairobi unter dem Eindruck der Erdölkrise und der starken Preiserhöhungen bei den meisten Rohstoffen einem integrierten Rohstoffprogramm zugestimmt. Zunehmends waren die Konferenzen von den umfassenden Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung geprägt, was sich allerdings im Hinblick auf die jüngste Verhandlungsrunde schlagartig änderte.

DIE VERHANDLUNGEN DER SECHSTEN WELTHANDELSKONFERENZ

Die Ausgangslage

UNCTAD VI fiel in eine von den weltwirtschaftlichen Bedingungen her gesehen äusserst ungünstige Zeit. Seit Beginn der 80-er Jahre hatte eine weitere Rezession die wirtschaftliche Situation sowohl der Industrie- wie der Entwicklungsländer stark in Mitleidenschaft ge-

---

2) Als aktuellen Beitrag, der auch die Entwicklung der Terms of Trade-Diskussion aufzeigt, siehe: John Spraos "Deteriorating Terms of Trade and Beyond", in: "Trade and Development - An UNCTAD Review", Nr. 4, 1982, S.97

zogen. Letztere wurden besonders durch einen massiven Einbruch des Rohstoffpreisniveaus getroffen. Dieses lag in den Jahren 1982 auf einem Niveau, das gemäss den Berechnungen des UNCTAD-Sekretariates jenem der Weltwirtschaftskrise in den 30-er Jahren gleichkam. Die Exporterlöse sanken für die Entwicklungsländer anfangs der 80-er Jahre gemäss den gleichen Berechnungen um 21 Mrd. US-Dollar. Seither hat sich die Situation wieder leicht verbessert. Als Gründe für den Preiskollaps gelten:

- Die weltweite Wirtschaftskrise liess die Nachfrage nach Rohstoffen zurückgehen.
- Das hohe Zinsniveau verteuerte die Lagerhaltung, weshalb Rohstofflager abgebaut wurden, das wiederum auf das Preisniveau drückte.
- Bei Kaffee und Kakao sowie andern landwirtschaftlichen Rohstoffen hatte das relativ hohe Preisniveau Mitte der 70-er Jahre eine bedeutende Ausweitung des Anbaues bewirkt.
- Schliesslich ergaben sich weitere Verzögerungen bei der Inkraftsetzung von neuen oder erneuerten Rohstoffabkommen.

Eine Vorbereitungskonferenz der Staaten der "Gruppe der 77", zu der unterdessen 125 Entwicklungsländer zählen, hatte in Buenos Aires in einer Plattform (3) die Forderungen dieser Staatengruppe für die Belgrader Verhandlungen festgelegt.

Auf dem Tisch der Verhandlungsdelegationen lag ein Sofortprogramm ohne eigentlichen Schwerpunkt. Die Krise hatte alle Bereiche getroffen. Um kurzfristig stabilere Rohstoffpreise zu erreichen, forderte die Buenos Aires - Plattform, dass 20 Mrd. US-Dollar für die Preisstabilisierung bereitgestellt würden. Diese Mittel sollten über die bereits bestehenden Kanäle (Rohstoffabkommen, Mechanismen zur Kompensation von Exporterlösausfällen) fliessen. Des weiteren sollte die Verschuldungssituation der Dritten Welt gemildert werden durch eine Finanzspritze in der Höhe von 70 Mrd. US-Dollar. Die entsprechenden Mittel sollte der Internationale Währungsfonds auf-

---

3) UNCTAD TD/285 vom 25. April 1983

bringen, und zwar durch Goldverkäufe und Zuteilung von Sonderziehungsrechten. In handelspolitischer Hinsicht sollten die Weichen für weiterführende Verhandlungen (Zollabbau, Bekämpfung des Protektionsismus) gestellt werden.

VON DER DEKLARATION ZUM BLOSSEN STATEMENT

In keiner Art und Weise erfolgten an UNCTAD VI konkrete Zugeständnisse seitens der Industriestaaten, die die wirtschaftliche Lage der Dritten Welt kurz- und mittelfristig verbessern werden. Lassen wir im folgenden jene Belgrader Resolutionen Revue passieren, die sich auch auf agrarpolitische Gebiete beziehen. Bezüglich der Gesamtheit der Beschlüsse von UNCTAD VI erscheint es als symptomatisch, dass diese nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, als "Erklärung von Belgrad" bezeichnet wurden. Es blieb bei einem Statement. (4)

In der Resolution über den Gemeinsamen Rohstoffonds (GF) wurde dessen möglichst baldiges Inkrafttreten gefordert (auf Beginn des Jahres 1984). Seitens der Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), sowie im Laufe von UNCTAD VI seitens Norwegens und der Europäischen Gemeinschaft (EG) erfolgten Zusagen, die Mitgliederbeiträge der Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer für den GF zu übernehmen. So konnte die Resolution unwidersprochen die Forderung an Letztere wiederholen, diesen endlich zu unterzeichnen. Im gleichen Zug wurden weitere Abkommen über die Stabilisierung der Rohstoffmärkte gefordert wie auch zusätzliche finanzielle Beiträge insbesondere der Industriestaaten zum sogenannten zweiten Fenster des GF. (5)

---

4) Genaue Bezeichnung gemäss TAD/INF/1492 vom 3. Juli: "Final statement calls for global approach: consensus resolutions adopted on trade, finance an commodities".

5) Das zweite Fenster des GF soll Massnahmen finanzieren, die die Verarbeitung und Vermarktung von Rohstoffen durch die Förderstaaten unterstützen.

Effektiv erhöhte sich im Laufe der Belgrader Verhandlungen die Zahl der Nationen, die den GF ratifizieren, auf 54 Staaten. (6) Hatte Malaysia als eine der wichtigsten rohstoffördernden Nationen zu Beginn der UNCTAD noch einen solchen Schritt verweigert, entschloss es sich dann doch dazu, die Ratifizierung einzuleiten. Bei ihrer Ablehnung blieben hingegen die USA. Für das Inkrafttreten des GF müssen einerseits 90 Staaten ihre frühere Unterzeichnung ratifizieren, was auch ohne die USA als möglich erscheint. Hingegen wäre ohne den finanziellen Beitrag der USA weiterhin ein grosser Teil des nötigen Grundkapitals ausstehend (zwei Drittel der 400 Mio. Dollar müssen fest zugesagt sein, bisher sind es erst rund 40 Prozent). (7)

Eine weitere zentrale Resolution von UNCTAD VI äussert sich zum integrierten Rohstoffprogramm. Dabei werden die bis anhin geringen Erfolge auf den einzelnen Verhandlungsgebieten konstatiert. Als Pluspunkte in diesem Bereich gelten die neuen Abkommen über Naturkautschuk und Jute sowie die Erneuerung der Uebereinkünfte bei Kaffee, Kakao und Zinn. In der allgemeinen Form eines solchen Textes zeigten sich die Teilnehmerstaaten überzeugt von der Wichtigkeit von Rohstoffabkommen, die wenn nötig auch preisstabilisierende Massnahmen enthalten sollten. Einigen der bestehenden Abkommen wird insofern für die jüngste Vergangenheit eine positive Wirkung zugesprochen, als sie den Preiszerfall abzubremsen vermochten. Das ungenügende Funktionieren anderer Abkommen wird demgegenüber fehlenden preisstabilisierenden Vorkehren sowie dem Abseitsstehen wichtiger Marktteilnehmer angelastet.

Im gleichen Text wurde der baldige Abschluss der Verhandlungen über ein neues Zuckerabkommen sowie desjenigen über tropische Hölzer anvisiert. Den Wert solcher Resolutionen mag man daran ermessen, dass

---

6) Nach Angaben des Genfer UNCTAD-Sekretariates belief sich deren Zahl Ende Oktober auf 65 Länder. An alle übrigen Staaten soll der erneute Appell zur Ratifizierung gerichtet werden. Auf keinen Fall kann aber der GF wie angestrebt anfangs 1984 die Arbeit aufnehmen.

7) siehe dazu Tages-Anzeiger vom 14.6.83, S.9: "Krise an der UNCTAD: USA gegen Rohstoffonds".

diese wichtige Meinungsäusserung in der Abstimmung unter den Teilnehmerstaaten unbestritten blieb, obwohl sich etwa die weitgehende Ablehnung der USA oder auch der Staaten Osteuropas in den Diskussionen deutlich manifestiert hatte. Es braucht denn auch wenig prophetisches Vermögen, sowohl dem Gemeinsamen Fonds wie auch dem Integrierten Rohstoffprogramm für die nähere Zukunft keine Realisierungschancen zuzubilligen.

Zur finanziellen Kompensation von Exporterlösausfällen soll nach Meinung der UNCTAD-Teilnehmer (bei Gegenstimme der USA und zehn Enthaltungen) für die ärmsten Entwicklungsländer die bisherige Möglichkeit über den Internationalen Währungsfonds ausgedehnt werden. Daneben wird das Generalsekretariat der UNCTAD dazu ermuntert, zusätzliche Kompensationsmöglichkeiten abzuklären. Die USA begründeten ihre Ablehnung damit, dass stabile Exporterlöse unmittelbar mit den Zahlungsbilanzen der einzelnen Staaten gekoppelt seien und diese wiederum rein in den Zuständigkeitsbereich des Währungsfonds gehörten.

Das bereits etablierte Generelle Präferenzsystem soll gemäss einer weiteren Resolution von den Staaten, die Zollermässigungen gewähren, noch weiter ausgedehnt werden. Spezielle Beachtung verdienten dabei jene Bereiche wie beispielsweise agrarische Produkte, die bisher nur ungenügend von den Präferenzzöllen profitierten.

DIE ROLLE DER SCHWEIZ INNERHALB DER UNCTAD

Bei den bisherigen Verhandlungen der UNO-Welthandelskonferenz hatte die Schweiz innerhalb der Gruppe der Industrieländer jeweils eine harte Linie gegenüber den Forderungen der Dritten Welt vertreten. In neuerer Zeit zeichnete sich in Teilbereichen eine kompromissbereitere Haltung ab, wie aus der folgenden stichwortartigen Zusammenfassung der schweizerischen Position an UNCTAD VI hervorgeht. Eine solche Einschätzung ergibt sich möglicherweise aufgrund der Tatsache, dass die harte Linie innerhalb der Industrienationen seit der Präsidentschaft Reagan noch konsequenter durch die USA interpretiert wird. Rohstoffabkommen mit konkreten Eingriffen ins Marktgeschehen (Preisstabilisierungsabkommen, Exportquoten) gelten aus amerikanischer Sicht heute als völlig inakzeptabel und ineffizient.

Wie in der wirtschaftspolitischen Doktrin, die heute in den USA gesamthaft postuliert wird, passt sich demgegenüber ein interventionsfreier Rohstoffmarkt am besten geänderten Verhältnisse an und garantiert den höchsten Wohlstandszuwachs für alle Beteiligten. (8) In den wichtigsten Verhandlungsbereichen war die schweizerische Position an UNCTAD VI, soweit eruierbar, die folgende:

Analyse der Lage der Weltwirtschaft

Die schweizerische Delegation teilte zwar nicht alle Aspekte des Schlussdokumentes, lehnte es aber auch nicht wie die USA gesamthaft ab. Der Text nimmt in allgemeiner Form die Ansicht der Gruppe der 77 auf, wonach zur wirtschaftlichen Wiederbelebung der Aufschwung in den Industriestaaten allein nicht genüge. Vielmehr müssten spezielle Massnahmen zugunsten der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer getroffen werden.

Rohstoffverhandlungen

Das Abkommen über den Gemeinsamen Fonds hatte die Schweiz bereits früher ratifiziert. Dabei wurden neben dem Pflichtbeitrag vier weitere sechs Mio. Fr. für das Ergänzungsprogramm (2. Fenster s.o.) in Aussicht gestellt. Die Uebernahme von Beiträgen zum Fonds zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer wurde nach Angaben aus Delegationskreisen abgelehnt, weil sich die Auswahl der Staaten zu schwierig gestalten würde. Ausdrücklich unterstützte die Schweiz hingegen den Vorschlag, Möglichkeiten abzuklären, die Rohstoffexporterlöse der Entwicklungsländer mittels neuer Mechanismen zu stabilisieren. Dabei käme nach schweizerischer Ansicht selbst eine neue Institution in Frage, allerdings vorwiegend zugunsten der

---

8) Der ständige Leiter der schweizerischen Delegation, Eric Roethlisberger, wies demgegenüber in einem Gespräch darauf hin, dass die internationalen Rohstoffmärkte zweifellos gewisser ordnender Eingriffe bedürfen. Als Parallele nannte Roethlisberger die schweizerische Agrarpolitik. Das dort gültige Prinzip der Einkommenssicherung für die Produzenten sei in gewissem Masse auch auf die internationalen Rohstoffmärkte anzuwenden.

ärmsten rohstoffexportierenden Länder. (9) Für die westlichen Industriestaaten trat übrigens die Schweizer Delegation als offizielle Sprecherin in den Rohstoffverhandlungen auf.

Insgesamt zeigte sich die Delegation im Rohstoffbereich offener als bei den anderen Anliegen der Dritten Welt. Diese Haltung erklärt sich aus der grossen Abhängigkeit der Schweiz von Rohstoffeinfuhren und dem Interesse an einer geordneten Versorgung des Marktes. Die Schweiz gehört auch zu den Teilnehmerstaaten aller bisher vereinbarten Rohstoffabkommen mit Ausnahme des Zuckers. Bei diesem Produkt wurde offenbar Rücksicht genommen auf die wichtigste Bezugsregion für Importe, die Europäische Gemeinschaft, die den bisherigen internationalen Zuckerabkommen ebenfalls fernblieb. Die EG verfolgt an den derzeitigen Verhandlungen für ein neues Abkommen in Genf und London eine spezifisch eigene Linie, die wenig Hoffnung für eine Neuauflage unter Beteiligung sowohl der EG wie der Schweiz lässt.

Welthandel

Wie andere Industrienationen machte die Schweiz in Belgrad unter Federführung des Bundesamtes für Aussenwirtschaft keine weiteren einseitigen Handelskonzessionen. Die Einführung des Allgemeinen Präferenzsystemes gilt als einer der wenigen konkreten Erfolge früherer UNCTAD-Verhandlungen. Die Industrieländer erklärten sich demnach bereit, den Entwicklungsländern einseitige Zollsenkungen für deren Lieferungen auf bestimmten Produkten zuzugestehen. Dabei handelt es sich um Zugeständnisse, deren Weiterführung einzig in der Kompetenz des jeweiligen Einfuhrlandes liegt. (10) Vielmehr drängen nunmehr verschiedene Industrieländer, darunter die Schweiz, auf

---

9) Denkbar wäre eine Vereinbarung, wie sie die Europäische Gemeinschaft mit der Gruppe der AKP-Staaten unter dem Titel "STABEX" geschaffen hat, wobei sowohl der Kreis der zahlenden wie der begünstigten Nationen ausgeweitet würde.

10) Die wichtigste Kritik am Allgemeinen Präferenzsystem richtet sich darauf, dass nur wirtschaftlich fortgeschrittenere Staaten (sog. Schwellenländer) davon profitieren und gerade landwirtschaftliche Produkte nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden, s. dazu: A.I. MaxBean & P.N. Snowden "International Institutions in Trade and Finance", London 1981, S.104

einen gegenseitigen Abbau der Handelsschranken, was den Warenaustausch mit den wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Staaten der 3. Welt betrifft.

Eine Resolution gegen wirtschaftliche Druckmassnahmen, die sich indirekt auf das Verhalten der USA gegenüber Nicaragua bezog, wurde von den meisten westlichen Industrienationen abgelehnt. Die Schweiz enthielt sich der Stimme. Die USA hatten im Mai 1983 wirtschaftliche Sanktionen gegen den zentralamerikanischen Staat ergriffen, begründet mit einer Reihe politischer Argumente. Dabei wurden die Quoten für Zuckerimporte aus Nicaragua von bisher 58000 auf 6000 Tonnen jährlich vermindert. Die betroffene Regierung wandte sich darauf an das Sekretariat des GATT in Genf, wo die Angelegenheit wegen Verletzung der GATT-Normen noch hängig ist.

Entwicklungshilfe

Bekräftigt wurde schweizerischerseits lediglich das Ziel, bis 1985 für die ärmsten der Entwicklungsländer 0,15 Prozent des Bruttosozialproduktes als Hilfe aufzuwenden. Die 0,7-Prozentklausel für den Gesamtumfang der Hilfe wird als Zielgrösse offiziell weiterhin nicht anerkannt.

Finanzielle Sofortmassnahmen und übrige Resolutionen

Die in der Plattform von Buenos Aires vorgebrachten Forderungen der Gruppe der 77 wurden schweizerischerseits für den Rohstoffbereich (Interimsabkommen) als ungeeignet verworfen. Im Finanzbereich versuchte die Delegation, sich möglichst wenig zu exponieren, da die Schweiz nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist. Die Position war dennoch klar: über internationale Währungs- und Finanzfragen hat der IWF und nicht die UNCTAD zu entscheiden.

Unter Führung der USA, der BRD und der Schweiz blockten die Staaten der Gruppe B einen Vorschlag ab, der der UNCTAD den Auftrag erteilen wollte, die pharmazeutische Industrie mittels eines Kodexes einer weltweiten Kontrolle zu unterstellen. Der von allen Staaten angenommene Resolutionstext übertrug dann der UNCTAD zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lediglich das Mandat, "angemessene Strategien zu formulieren, um die pharmazeutische Versorgung

der Entwicklungsländer zu erleichtern und insbesondere über Möglichkeiten des Technologietransfers in diesem Bereich zu berichten". (11)

TIEFE ENTTAEUSCHUNG UND DER GEIST DER KOOPERATION

Als Sprecher für die Gruppe der 77 drückte der Somalier Abdillahi Said Osman seine "tiefe Enttäuschung über die mageren Verhandlungsresultate" aus. (12) Seine Gruppe hätte erwartet, eine Einigung über ein Minimalprogramm sofortiger Massnahmen zu erzielen. Dennoch hätten die Entwicklungsländer den Resolutionen zugestimmt, da sonst die internationale Zusammenarbeit weiteren Schaden genommen hätte. Seitens der westlichen Industrieländer wurde demgegenüber der Geist der Kooperation und des gegenseitigen Verständnisses hervorgehoben, der die Verhandlungen geleistet hätte.... Die sozialistischen Industriestaaten ihrerseits lasteten die Verzögerung wichtiger Entscheide ihren westlichen Konkurrenten an, obwohl sie sich in verschiedenen Punkten ähnlich ablehnend verhalten hatten.

Bleibt die Frage, warum den Absichten der Dritten Welt an UNCTAD VI derart wenig Erfolg beschieden war. Bereits im voraus war klar geworden, dass das einzige derzeitige Druckinstrument der Entwicklungsländer, die Schuldenwaffe (13) kaum konkret eingesetzt würde. Zu unterschiedlich präsentiert sich derzeit noch die Lage der verschiedenen Staaten. Besonders hoch verschuldete Nationen wie Brasilien, Mexiko, Argentinien und Chile suchen Lösungen in Einzelverhandlungen. Sie verlassen sich darauf, von den Gläubigerländern sowohl aus wirtschaftlichen wie aus politischen Ueberlegungen nicht im Stich gelassen zu werden.

---

11) UNCTAD/CA/2168 GE.52652 S.22

12) UNCTAD Bulletin Nr. 194, 1983, S.8

13) Einzelne oder alle verschuldeten Staaten würden sich demnach zusammenschliessen, um in den Verhandlungen mit den Gläubigerstaaten eine bessere Ausgangsposition ausspielen zu können.

Die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, die viel besungene Süd-Süd-Kooperation, ist trotz der kürzlich in Peking abgehaltenen ersten Süd-Süd-Konferenz noch wenig weit. Immerhin dürften gerade die Belgrader Verhandlungsergebnisse die Einsicht der Vertreter der Dritten Welt bestärkt haben, dass nur eine solche Zusammenarbeit langfristig ein Gegengewicht zum Norden erreichen und damit eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung möglich erscheinen lässt.

Offen bleibt allerdings die Frage, ob ein Sofortprogramm gemäss den Forderungen der Plattform von Buenos Aires oder gar weitergehende weltwirtschaftliche Veränderungen überhaupt die Lage der ärmsten Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern verbessern würde. Immerhin hätte sich mit entsprechenden Massnahmen ein wirtschaftlicher Spielraum ergeben, der angesichts der nach wie vor prekären Situation bitter nötig gewesen wäre.

Anschrift des Verfassers: Guntram Rehsche
Sozialökonomisches Seminar
Rämistrasse 71
8006 Zürich